



BürgerInnenbrief

20. Dezember 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Zum Jahresende +++ Sozialstaatsbremse +++ Abgescholt & weggescheelt +++ Zollzaunvision +++ Vertrauenskultur?

Liebe LeserInnen,



Gegen Spekulationen: Knecht Ruprecht und LINKE in Bewegung (M. Joho)

ein bewegtes und für DIE LINKE nicht ganz einfaches Jahr geht zu Ende. Zuletzt fanden die von uns lange vorbereiteten und mit 45 Abänderungsanträgen gespickten dreitägigen Beratungen des Doppelhaushalts 2013/2014 ihren Abschluss. Alleine der Umstand, dass 20 Mio. Euro aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) für benachteiligte Quartiere in den letzten beiden Jahren nicht »abgeflossen« sind und der Etat jetzt »konsequent« um 20% abgesenkt wird, andererseits aber einen Tag nach Beendigung der Etatdebatten vom Senat mitgeteilt wird, dass der Bau der Elbphilharmonie nochmals knapp 200 Mio. Euro mehr kosten wird, unterstreicht, wie mit den finanziellen Möglichkeiten in dieser Stadt umgegangen wird.

Wir haben auch im vergangenen Jahr versucht, dagegen zu halten: mit Anträgen, Anfragen, Veranstaltungen, Publikationen und nicht zuletzt auch diesem »BürgerInnenbrief«. Es geht darin um alternative Informationen, eine andere Sicht auf die Stadtentwicklung, um die Behauptung eines politischen Kurses, der sich an den sozialen und Lebensinter-

sen der BürgerInnen orientiert. Diesbezüglich sehen wir eher skeptisch in die nähere und weitere Zukunft der Metropole Hamburg: Der Abbau sozialer und kultureller Leistungen, die Misere auf dem Wohnungs- und - wieder zunehmend - auf dem Arbeitsmarkt wird die Lebensverhältnisse vieler Menschen nochmals schwerer werden lassen, und das bei einem gleichzeitigen Anwachsen des Reichtums der »oberen Zehntausend«. Die Aktionen und Demonstrationen in den kommenden Monaten werden zeigen, inwieweit Bereitschaft besteht, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Nicht zuletzt mit dem Stimmzettel bei der Bundestagswahl 2013.

Wir möchten allen LeserInnen des BürgerInnenbriefes für das Interesse an unseren Bemühungen um eine andere, linke Politik danken. Und wir wünschen allen ein paar geruhige Feiertage, ein - wahlweise - spannendes oder interessantes Buch, nette Begebenheiten und einen von guten Vorsätzen geprägten Einstieg in das neue Jahr.

Heike Sudmann, Tim Golke und das Redaktionsteam

Was wird hier ausgebremst?*

Von Heike Sudmann



Auch ein Verteilungskampf: Demo gegen Mietwahn am 10.11.2012 (M. Joho)

In der Hamburgischen Bürgerschaft gibt es eine Koalition fast aller Fraktionen für die Schuldenbremse, einzig DIE LINKE ist dagegen. Was sich Schuldenbremse nennt, ist vor allem eine Einnahmen- und Sozialstaatsbremse, die Ausgaben werden im »Kleinen«, vor allem in der Sozialpolitik und beim Personal reduziert, im »Großen« gibt es jedoch genug Geld, z.B. für die HSH Nordbank, für die Elbphilharmonie oder für Sondervermögen.

Einnahmemöglichkeiten für Hamburg

Hamburg selbst kann viel tun, um die Einnahmen der Stadt in die Höhe zu treiben. Voraussetzung ist die Verbesserung des Steuervollzugs. EinE BetriebsprüferIn »erwirtschaftet« in Hamburg jährlich rund 1 Mio. Euro. Auf eine Anfrage der LINKEN hin musste der Senat zugeben, dass zwischen 2009 und 2012 unglaubliche 110 Stellen für BetriebsprüferInnen nicht besetzt waren. Der Rechnungshof stellte zudem kritisch fest, dass 100 BetriebsprüferInnen im Innendienst eingesetzt wurden – und eben nicht bei der Prüfung der Betriebe vor Ort.

Um die Dimension der verschenkten Einnahmen deutlich zu machen, sei auf die Folgen des Ankaufs der berühmten »Steuer-CDs« verwiesen. In Hamburg führte allein die Existenz einer dieser CDs zu 879 Selbstanzeigen und damit zu Einnahmen in Höhe von gut 60 Mio. Euro. Mit einer Verbesserung des Steuervollzugs in Hamburg könnten nach Schätzungen der LINKEN jährlich 100 Mio. Euro Mehreinnahmen für die Stadt erzielt werden.

zungen der LINKEN jährlich 100 Mio. Euro Mehreinnahmen für die Stadt erzielt werden.

Einnahmemöglichkeiten durch neue bzw. veränderte Steuergesetze

Fast unvorstellbare Summen kommen zusammen, wenn die Steuergesetzgebung auf Bundesebene dort ansetzen würde, wo viel Geld zu holen ist:

Fünfprozentige MillionärInnensteuer	= 80 Mrd. Euro
Erbschaftssteuer	= 7 Mrd. Euro
Höhere Steuer für EinkommensmillionärInnen	= 5–11 Mrd. Euro
Einmalige Vermögensabgabe	= 560 Mrd. Euro
Finanztransaktionssteuer	= 27 Mrd. Euro

Diese Steuern und Abgaben reduzieren den Reichtum der Betroffenen, würden jedoch niemanden auch nur ansatzweise in Existenznot bringen. Vielmehr wäre das ein wichtiger Beitrag für eine Umverteilung von oben nach unten.

* Der Text basiert auf dem Beitrag auf der Stadtpolitischen Konferenz der Gewerkschaft ver.di (Fachbereiche Bund, Länder und Gemeinden) am 26.10.2012

Wer meint, dass das alles Quatsch sei, sollte sich die von Rot-Grün und Schwarz-Gelb zu verantwortenden Einnahmenverluste der letzten zehn Jahre ansehen. Durch die Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuer, den Verzicht auf die Vermögenssteuer und die Begünstigung von Kapitaleinkommen hat der Staat 600 Mrd. Euro verschenkt – an die Reichen. Allen Krisen zum Trotz hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte in den letzten 20 Jahren von 4,6 Billionen auf 10 Billionen mehr als verdoppelt.

Wohlstand erarbeiten?

Wenn Herr Wersich von der CDU sich hinstellt und sagt, dass Wohlstand erarbeitet werden könne und müsse und er deshalb gegen Steuerhöhungen sei, ist das für mich der blanke Hohn und eine Unverschämtheit. Das Lohndumping à la Agenda 2010 mit Leiharbeit, Minijobs und Niedriglöhnen hat dazu geführt, dass seit dem Jahr 2000 die Unternehmen 1.000 Milliarden Euro weniger Lohn gezahlt haben. Da ist nix mit Wohlstand erarbeiten!

Ausgabenbremse in Hamburg?

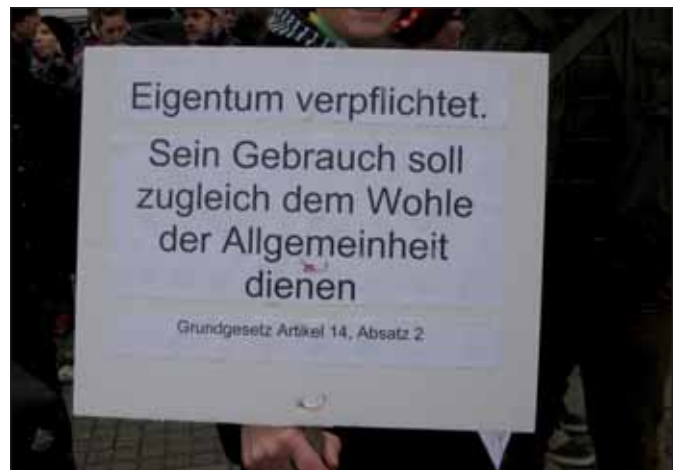
»Radikal sparen« heißt die Parole des Senats – was schon eine geschönte Beschreibung ist, denn es wird nicht gespart, sondern heftig gekürzt. Im Kinder- und Jugendbereich sollen z.B. 3,5 Mio. Euro jährlich gestrichen werden. Was nach wenig klingt, bedeutet für viele kleine Träger das Aus. Zu Recht gehen die Sozialeinrichtungen auf die Barrikaden, besonders wenn sie hören, dass an anderer Stelle Geld locker sitzt:

- Die Mahatma-Gandhi-Brücke, eine Klappbrücke als Zuwegung zur Elbphilharmonie, soll für 10 Mio. Euro ausgebaut werden. Der Senat gibt zu, dass das nicht notwendig ist, um die BesucherInnenströme zur Elphi zu bewältigen. Vielmehr soll die größere Brücke den Verkehr aus den teuren Wohnbereichen der HafenCity heraushalten. Bei dieser Prioritätensetzung müssten die SozialdemokratInnen rot vor Scham werden.
- Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank, Herr Lerbinger, scheidet nach weniger als zwei Jahren aus seinem Amt aus und erhält dafür eine Abfindung, mit der 30 Jahre lang ein Spielhaus zu finanzieren wäre.

Auch bei den Ausgaben für Großprojekte ist von einer Schuldenbremse nichts zu sehen. Weitere Kostensteigerungen in dreistelliger Höhe bei der Elbphilharmonie, fast 500 Mio. Euro für das Sondervermögen Stadt und Hafen und viele Bauprojekte, die am Ende um ein Wesentliches teurer werden, als ursprünglich geplant, treiben die Ausgaben in die Höhe.

Personalabbau im öffentlichen Dienst

Ein Bereich, der immer wieder mit platten Vorurteilen überzogen und gerne als »Sparschwein« benutzt wird, ist der öffentliche Dienst. Damit erzähle ich nichts Neues. Seit 1991 ist jeder dritte Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst in Hamburg verschwunden. Doch dem SPD-Senat ist das noch nicht genug. Bis 2017 will er alleine in den Bezirken 468 Stellen streichen. Die Bezirksamtsleiter, von Amts wegen eher loyal, haben nun aufgeschrien: Maximal 170 Stellen könnten sie ab-



Frommer Wunsch? (M. Joho)

bauen. Mehr würde dazu führen, dass Dienstleistungen radikal eingeschränkt werden oder wegfallen müssten.

In diesem Zusammenhang darf die »Aufgabenkritik« nicht vergessen werden. Was das genau sein soll, weiß der Senat auch noch nicht. In seinem 17seitigen Papier »Hamburg 2020: Langfristige Konsolidierung mit weiterer Aufgabenkritik und Entflechtung sowie vernünftiger Personalentwicklungspolitik verbinden« (Bürgerschafts-Drucksache 20/5024 vom 21.8.2012) findet sich gerade mal eine halbe Seite zur Aufgabenkritik. Deutlich wird, dass der Senat keine Vorstellung hat, wie diese gehen soll. Vielmehr will er u.a. für die Führungskräfte Seminare anbieten und den Austausch unter den Behörden organisieren. Letztendlich sollen die MitarbeiterInnen selbst sagen, welche Aufgaben wegfallen sollen. Besonders nett ist folgende Formulierung: »Ein Schwerpunkt ist dabei die Frage, wie Führungskräfte Veränderungsprozesse unter dem Aspekt der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestalten können.« Das kriegen auch die besten Vorgesetzten hin, denn mit weniger Personal und genau so viel Arbeit sind Überlastungen vorprogrammiert.

Die vom Senat jährlich vorgegebene Streichung von 250 Vollzeitäquivalenten (sprich Vollzeitstellen) ist nur die Spitze des Eisbergs. Die eigentlich den Gewerkschaften nahestehende SPD greift unverblümt in die Tarifverhandlungen ein: Jede Tarifierhöhung, die über 1,5% hinausgeht, muss durch weiteren Personalabbau finanziert werden. 1,5%, das liegt noch unterhalb der Inflationsrate und bedeutet de facto eine Lohnkürzung.

Sozialstaat und Daseinsvorsorge unverzichtbar

Alle beklagen die gespaltene Stadt und wollen etwas tun für benachteiligte Stadtteile in Hamburg. Doch gleichzeitig werden viele Leistungen, vor allem für einkommensschwache und benachteiligte Menschen, gestrichen. Auf dem Wohnungsmarkt gibt es immer weniger preisgünstige Wohnungen, die Sozialpolitik von Bund und Land verdient kaum den Namen, beim Mindestlohn muss die SPD in Hamburg zum Jagen getragten werden und steigt mit nur 8 Euro ein statt wie von der Linken gefordert mit 10 Euro.

Aus Sicht der Linken ist ein Sozialstaat mit der Aufgabe der Daseinsvorsorge unverzichtbar. Geld dafür ist genug da!

Durchgeharzt, abgescholzt und weggescheelt*

Von Tim Golke



1. Mai-Kundgebung vor dem Museum der Arbeit (M. Joho)

Der Haushalt der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) ist weit überwiegend geprägt von gesetzlichen Leistungen. Sie sagen, Sie kürzen nicht bei gesetzlichen Leistungen. Ich sage: Das wäre auch töricht. Schließlich lassen sich Steigerungen im Bereich von sozialen Leistungen nicht um 0 oder 0,88 oder 1,5% begrenzen. Sie fallen schlicht an, wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

Sie kürzen subtil! Da werden Verträge mit Leistungserbringern korrigiert oder um eben die genannten Steigerungssätze ergänzt. Das führt zu einer Ausdünnung der Qualität. Aus Partizipation wird Aufbewahrung, und das bei Menschen, die jeden Tag darum kämpfen müssen, eine Stimme zu haben, gehört zu werden, bei Menschen mit Behinderung und bei Kindern und Jugendlichen.

Und Sie lassen kürzen. Niemand würde daran gehindert, einen Antrag auf Grundsicherung zu stellen, wenn die zuständige Abteilung des Sozialamtes statt in Wilhelmsburg in der Kurt-Schumacher-Allee ist. Wirklich niemand? Haben Sie sich den Weg von den Fahrstühlen der S-Bahn zum Sozialamt in der Kurt-Schumacher-Allee in diesen Tagen einmal angesehen? Unzureichend geräumte Wege und Matschhaufen an Straßenübergängen. Für gehbehinderte Menschen eine un-

überwindbare Barriere. Von den erhöhten Kosten einer Fahrkarte aus Wilhelmsburg zum Hauptbahnhof einmal ganz abgesehen.

Wer das macht, hat nur eines im Sinn: Weniger AntragstellerInnen, weniger Menschen, die ihre Rechte in Anspruch nehmen. Ich rufe Ihnen zu: Wer so was macht, gefährdet den sozialen Frieden in dieser Stadt!

In der Arbeitsmarktpolitik hatten wir zuletzt die von der Bundesregierung zu verantwortende so genannte Instrumentenreform. Dadurch sind vom Bund aus drastische Mittelkürzungen im Bereich der Eingliederung von langzeiterwerbslosen Menschen erfolgt. Das hat auch das Jobcenter team.arbeit.hamburg massiv betroffen. Wer gehofft hatte, dass Hamburg sich wenigstens im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine Modellförderung eines echten sozialen Arbeitsmarktes einsetzen würde, hat sich getäuscht. Während sogar das hochverschuldete Nordrhein-Westfalen die bestehenden Möglichkeiten für ein Modellprojekt »Öffentlich geförderter Beschäftigung« wahrnimmt, präsentiert der Senat jetzt das Miniprogramm

*** Bürgerschaftsrede zur Arbeitsmarktpolitik anlässlich der Haushaltsberatungen am 12.12.2012**

für eine Förderung von Arbeitsverhältnissen für gerade mal 320 ältere Arbeitslose.

Das unter dem Blickwinkel der Staatsverschuldung extrem schlechter als Hamburg dastehende SPD-regierte Nordrhein-Westfalen hat die bestehenden Möglichkeiten genutzt. Hamburg bislang nicht. Dort werden innovativ arbeitsmarktpolitische Eingliederungsleistungen mit eingesparten passiven kommunalen Leistungen wie den Kosten der Unterkunft verknüpft. Und das Land NRW beteiligt sich auch noch mit bis zu 50% an den Gesamtkosten. Und was tut Hamburg? Es stellt die »Sozialen Jobcoachs FAV (Förderung von Arbeitsverhältnissen)« zur Verfügung. Ansonsten gibt es nur die reduzierten Bundesmittel. Hamburg ist zwar dabei, wenn im Bundesrat eine umfassende Überarbeitung des gesetzlichen Instrumentariums für öffentlich geförderte Beschäftigung gefordert wird. Aber selbst die bereits bestehenden Modellfördermöglichkeiten nutzen? Nein, das überlässt man anderen in Deutschland. Das kann es nicht sein!

Gerade jetzt, wo klar wird, dass die Zahl der langzeiterwerbslosen Menschen ohne ein wirksames regionales beschäftigungspolitisches Programm leider stabil bleiben wird, muss Hamburg handeln! Es kann nicht bei der Dauerausrede bleiben, dass nennenswerte finanzielle Mittel für die Arbeitsmarktpolitik in Hamburg nun einmal aus dem Bundeshaushalt kommen müssen. Sich aus der sozialpolitischen Verantwortung zu stehlen, indem wenige Zuschüsse im Rahmen eines Programms »Soziale Jobcoachs« gezahlt werden, ist nicht akzeptabel. Die Rekordsteuereinnahmen müssen wenigstens teilweise beschäftigungswirksam eingesetzt werden, um langzeiterwerbslosen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Wir haben nun einmal viele Menschen, die vom Arbeitsmarkt – oder genauer: von den Hamburger Unternehmen – trotz aller Bemühungen der Arbeitsagentur einfach keine Möglichkeit bekommen, weil sie als langzeiterwerbslose Menschen nicht gewollt werden. Solange es keine empfindlichen Nachteile für die Unternehmen gibt, die keine hinreichende Zahl von langzeiterwerbslosen Menschen einstellen, wird sich daran wohl auch nichts ändern.

Wir brauchen ein Landesprogramm Beschäftigung, damit nicht nur die lange Jahre geschädigten Menschen endlich eine menschenwürdige Perspektive außerhalb des Hartz-IV-Regimes erhalten. Wir brauchen das Landesprogramm auch, weil wir endlich wirtschaftlich vernünftig darüber nachdenken müssen, für langzeiterwerbslose Menschen auch wertschöpfende und damit den zukünftigen Zuschuss öffentlicher Mittel minimierende Arbeit zu schaffen. Das wird aber nur gehen, wenn wirklich voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden, bei denen auch ganz normale Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden und bei denen auch ein Schutz in der Arbeitslosenversicherung begründet werden kann. Ohne eine solche Gleichbehandlung wird es eine echte dauerhafte Eingliederung nicht geben können.

Ich empfehle noch, einen Blick in das laufende operative Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters für dieses Jahr zu werfen. Dort wird klar das Erfordernis einer intensiven För-



Tim Golke, seit einem Jahr für DIE LINKE in der Bürgerschaft (M. Joho)

derung der beruflichen Weiterbildung gerade für langzeiterwerbslose Menschen benannt, um dem steigenden Bedarf an Fachkräften nachkommen zu können. Hierzu haben wir einen weiteren Antrag für ein Landesprogramm berufliche Rehabilitation vorgelegt. Gerade für den Kreis der behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen wird es ohne vernünftige und vollwertige Umschulungen keine dauerhafte Rückkehr in den Arbeitsmarkt geben können. Und vor dem Hintergrund des Rückzugs der Arbeitsagentur und damit auch des Jobcenters aus der beruflichen Rehabilitation hin zu meist unwirksamen, aber billigeren Maßnahmen gewinnt Hamburg damit auch Einfluss, denn auch hier sollte gelten: Wer zahlt, bestimmt!

Es muss Schluss sein mit dem Etikettenschwindel, dass es in Hamburg einen sozialen Arbeitsmarkt nur aus Ein-Euro-Jobs und wenigen zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen für Ältere gibt. Die Hamburger SPD sollte sich schämen, meilenweit hinter der Courage ihrer Genossinnen und Genossen in den Bundesländern mit einem echten sozialen Arbeitsmarkt zu bleiben. Aber vielleicht wirkt sich hier immer noch aus, dass wir hier in Hamburg zwei Hauptprotagonisten des Hartz-IV-Regimes haben, die sich nie mit ihrer unrühmlichen Rolle in diesem System auseinandersetzen. Wer so befangen in eigenen, bis jetzt unreflektierten Fehlern der Vergangenheit ist, wird auch heute nicht über den beschränkten engen Horizont der bisherigen standardisierten und unflexiblen Instrumente hinausdenken und planen können. Wir werden Sie da gern weiterhin kritisch begleiten.

Durchgeharzt, Abgescholzt und Weggescheelt sind die Kennzeichen dieser Hamburger Arbeitsmarktpolitik.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Neu erschienen ist im November die siebte Ausgabe von **Hamburg. Deine Perlen**, herausgegeben von der Stadtentwicklungsbehörde. Die jüngste Nummer hat vor allem die »Weiterentwicklung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung« zum Thema, was ein wenig nassforsch daher kommt, da die SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft den RISE-Etat gerade von 25 auf 20 Mio. Euro abgesenkt hat. Downzuloaden ist das dennoch interessante zwölfseitige Material unter www.hamburg.de/contentblob/3706662/data/h-d-p-ausg7.pdf.

Gut zu wissen, dass es nicht nur eine **Landeszentrale für politische Bildung**, sondern auch einen von ihr geführten **Infoladen** am Dammtorwall 1 gibt. Die für alle Interessierten zugängliche Einrichtung hält allerlei Materialien und neu erschienene Bücher vor, die teils kostenfrei, teilweise zu einem Satz von wenigen Euro abgegeben werden. Die neuen Öffnungszeiten ab 7. Januar sind: montags bis donnerstags 12.30 bis 17.00 Uhr, freitags 12.30 bis 16.30 Uhr.

Wer sich mit »Analysen, linken Ansichten & Alternativen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Problemen aus Hamburg und Schleswig-Holstein« beschäftigen möchte, dem/der sei der seit kurzem erscheinende und u.a. von Joachim Bischoff mit herausgegebene **Newsletter nordLinks** empfohlen. Eingesehen und bestellt werden kann er unter <http://www.vorort-links.de/newsletter/>.

Für Kurzentschlossene: Die Architektur- und Sozialhistorikerin Dr. Sylvia Necker referiert am **Donnerstag, den 20. Dezember 2012**, zum Thema **Hässlich, aber innovativ? Architektur und soziale Wirklichkeit der Großsiedlung Steilshoop**. Die Veranstaltung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte beginnt um 18.15 Uhr im Hauptgebäude-Hörsaal J der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1.

Eine der immer noch aktiven Verfolgten des Naziregimes ist die ewig junge Steffi Wittenberg. Am **Montag, den 7. Januar 2013**, erzählt sie ihre eigene und die Geschichte ihres 2011 verstorbenen Mannes Kurt Wittenberg. Die Veranstaltung der arbeitgemeinschaft neuengamme e.V. mit dem Titel **Verfolgt, vertrieben, zurückgekehrt** beginnt um 19.30 Uhr im Centro Sociale, Sternstraße 2.

Vielen gelten Genossenschaften als wichtige Institutionen, die nicht dem Profitprinzip verpflichtet sind. Welchen Beitrag sie in Sachen Wohnungsmarkt leisten und welche Probleme dabei auftreten, das soll auf einer Veranstaltung des Einwohnerverss St. Georg zum Thema **Die Wohnungsnot und die Wohngenossenschaften** thematisiert werden. Die Podiumsdiskussion mit VertreterInnen Hamburger Genossenschaften und aus der Bürgerschaft (u.a. Heike Sudmann) findet statt am **Mittwoch, den 9. Januar**, um 19.30 Uhr im Gemeindesaal, Stiftstraße 15 (1. Stock).

Nur wenige Tage später, am **Sonntag, den 13. Januar**, 11.00 Uhr, lädt Heike Sudmann ein zu einer **Führung** ins Museum der Arbeit, Wiesendamm 3. Es geht um die Sonderausstellung **Eine Wohnung für uns – Genossenschaftlicher Wohnungsbau in Hamburg**. Eintritt und Teilnahme an der Führung sind kostenfrei, allerdings ist eine Anmeldung im Fraktionsbüro (Tel. 42 831 2250) vonnöten.

Am **Dienstag, den 15. Januar**, ist Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau zu Gast im Hauptbahnhofviertel. Anlass für die von den Stadtteilinitiativen beschickte Veranstaltung **Wo geht St. Georg hin und was wollen WIR?** ist eine Äußerung der Senatorin, die kürzlich meinte, angesichts der Mietenentwicklung und allgemeinen Entwick-



Jürgen Böning beim Erläutern der Ausstellung (M. Joho)

lungen in Hamburg müsse man solche Stadtteile wie St. Georg als »verloren« betrachten. Na, da wird sie was zu hören bekommen! Und zwar ab 19.00 Uhr in der Pausenhalle der Heinrich-Wolgast Schule am Carl-von-Ossietzky-Platz (an der Langen Reihe).

Wie Neonazis den Fußball missbrauchen, darum geht es bei der Veranstaltung **Angriff von rechtsaußen am Mittwoch, den 16. Januar**, um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60 (Ebene 9). Zu Gast ist beim gewerkschaftlichen Kulturverein Be60 – bis vor kurzem unter Vorsitz von Frank Teichmüller, neuerdings unter der Ägide von Wolfgang Rose – an diesem Abend der Journalist und Autor Ronny Blaschke, dessen kürzlich erschienenenes Buch auch den Veranstaltungstitel abgibt.

Am **Sonntag, den 20. Januar**, von 16 bis 20 Uhr, lädt die Bezirksfraktion der LINKEN Hamburg-Mitte zum **Neujahrsempfang**. Im Juventude do Minho v. 1987 e.V. & Sportverein (Stenzelring 24, Wilhelmsburg) gibt es Lateinamerikanische Musik der Gruppe Aymarás, Essen und Gespräche über (Bezirks-)Politik und vieles mehr.

»Ein zauberhafter Anfang ...«

Von Michael Rothschuh



Nützlich auch als Urinal - das IBA-Meisterwerk in Wilhelmsburg (M. Rothschuh)

»Und jedem Ende wohnt ein zauberhafter Anfang inne«: Die Büsche und Bäume an der Container-Trasse in Wilhelmsburg sind schon abgeholzt, der Zollzaun wird nun auch noch fallen. Werden wir WilhelmsburgerInnen um ihn trauern? Keine Angst: Denn DAS NEUE entsteht schon. Hier ein Stück Berliner Doppelmauer mit Todesstreifen, nun auch auf der Elbinsel. Ein Meisterwerk der Internationalen Bauausstellung Hamburg 2013!

Zwischen den vorderen Betonteilen wird eine Treppe gebaut, über die man dann die Straße und weiter östlich den Spreeha-

fen erreichen kann. Die hintere Mauer soll verhindern, dass die TreppenbenutzerInnen zgedröhnt werden. Sie soll immerhin noch irgendwie, auf jeden Fall gaaaaanz hübsch bepflanzt werden. Die Verantwortlichen der Internationalen Bauausstellung (IBA) finden, dass das das Ergebnis der Aktionen der und Verhandlungen mit den »Parkrettern« hier vor Ort sei. Für mich ist es jedenfalls noch lauter geworden – und hässlicher.

Prof. Michael Rothschuh ist aktiv beim Verein »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg«.

Als erstes wird bei den Schwächsten gespart

Von Meinulf Krön



Nah am Bürger? Rathaus in Wilhelmsburg (Foto: panoramio)

Die massiven Kürzungen im Sozialbereich durch die jüngsten Haushaltsbeschlüsse der Bürgerschaft wirken sich in den Bezirken gravierend aus. Mitte Januar 2013 soll nun die Dienststelle des Fachamtes für Grundsicherung und Soziales – also das Sozialamt – in der Mengestraße 19 (Wilhelmsburg) geschlossen werden. Zuständig und anlaufbar wird dann nur noch die Dienststelle in der Kurt-Schumacher-Allee 4 (St. Georg) sein.

Dabei war das Wilhelmsburger Rathaus noch unter der Ansage einer »bürgernahen Verwaltung« aufwändig zu einem Kundenzentrum umgebaut und neugestaltet worden. Hier soll es also als erste Alte, Arme und (geh-)behinderte Menschen treffen. Der Weg zur Kurt-Schumacher-Allee wird zukünftig eine dreiviertel Stunde dauern und eine Tageskarte für 5,60 Euro kosten – Geld, das gerade Grundsicherungs- und SozialhilfebezieherInnen nicht haben.

Als Gründe wurden von der Bezirksverwaltung bislang benannt, dass mit der zukünftigen Zentralisierung vor allem Geld gespart werden könne, weil 3,5 Vollzeitstellen an Personal wegfallen würden. Nebenbei wird auch ein angeblich größerer Platzbedarf für das Jobcenter angeführt. Dieses Argument ist jedoch nur vorgeschoben, da die vom Jobcenter genutzten Räume sowieso seit langem eigentlich umgebaut werden müssen und dazu auch weitere bislang ungenutzte Räume einbezogen werden können.

DIE LINKE in Wilhelmsburg hat bereits angeregt, bei Bedarf doch entsprechende Räume im riesengroßen Neubau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zu nutzen. Generell ist die Frage zu stellen, wieso in den vielen neuen, teuren Gebäuden in Wilhelmsburg eigentlich kein Platz für ein Grundsicherungs- und Sozialamt mitten im Wohngebiet der betroffenen Menschen möglich sein soll.

Es geht aber vor allem darum, dass die Bezirksamtsleiter jetzt damit beginnen, knallhart beim Personal und natürlich

vor allem bei den armen BürgerInnen zu sparen. Der Bezirk Mitte hat nach dem gerade verabschiedeten Sparhaushalt der Bürgerschaft deutlich weniger Geld, als er eigentlich zur Erfüllung seiner Aufgaben bräuchte. Jetzt wird im Rahmen des Projekts »Chancenbudget« konkret damit begonnen, bei den gesetzlichen Leistungen zu sparen. Ziel ist es, dass der Bezirk aus den Einsparungserfolgen im Bereich der Leistungsbewilligung für seinen Haushalt profitieren kann. Wenn nämlich Geld aus den für die gesetzlichen Leistungen eingeplanten Beträgen übrigbleibt, kann es der Bezirk über das »Chancenbudget« dann für andere Zwecke einsetzen.

Besonders dreist ist es, ausgerechnet beim Sozialamt und damit bei den Ärmsten zu beginnen. Betroffen wird auch die bezirkliche Seniorenberatung sein, die eigentlich gerade eine stadtteilbezogene Beratungsarbeit anbieten soll. Wie die Altenhilfe nun aus dem fernen Borgfelde heraus für Wilhelmsburg sinnvoll möglich bleiben soll, ist vollkommen schleierhaft.

Aus Sicht der LINKEN müssen daher die Schließungspläne umgehend wieder vom Tisch. Die WilhelmsburgerInnen müssen ihr Grundsicherungs- und Sozialamt vor Ort behalten! Es kann nicht angehen, dass der Senat auf der einen Seite Inklusion in allen Lebensbereichen und eine stärkere Personenzentrierung der Leistungen fördern will, um dann doch wieder vor Ort in den Bezirken alles zunichte zu machen.

Darüber hinaus legt auch § 17 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Erstes Buch fest, dass Leistungsträger verpflichtet sind, darauf hinzuwirken, den Zugang zu den Sozialleistungen möglichst einfach zu gestalten, insbesondere durch Verwendung allgemein verständlicher Antragsvordrucke, und dadurch, dass die Verwaltungs- und Dienstgebäude frei von Zugangs- und Kommunikationsbarrieren sind und Sozialleistungen in barrierefreien Räumen und Anlagen ausgeführt werden. Zugangsbarrieren liegen aber gerade auch in überlangen und beschwerlichen Wegen, die gerade Grundsicherungs- und Sozialhilfebedürftige

Dienstag, 8. Januar 2013, 15 Uhr, Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße:

War's das mit der Bürgernähe? Warum ist kein Platz für das Amt für Grundsicherung in der Wilhelmsburger Mitte?

Podiumsdiskussion des Vereins Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. mit Isa Bozic (Treffpunkt Elbinsel), Fred Pattschull (AWO Wilhelmsburg), Klaus Gläser (Berater der Sozialstation Wilhelmsburg) und Andy Grote (Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte)

von entsprechenden Antragstellungen und Beratungen abhalten werden.

Jetzt wird es mit der Umsetzung der Streichungen im Bezirk Mitte also richtig losgehen. Daher hat Tim Golke, der zuständige Wahlkreisabgeordnete der LINKEN, bereits erklärt, ganz genau darauf achten zu wollen, wie das Bezirksamt seine Einsparvorgaben durch den Senat umsetzen wird. Und die bisher

bekannt gewordenen Zahlen sind bedrückend: Hamburgs Bezirke müssen in den Jahren 2010 bis 2013 fast 50 Mio. Euro einsparen. Davon ist auch der Bezirk Altona nicht ausgenommen. Während im Jahr 2010 über 1 Mio. Euro im Vergleich zu dem Vorjahr eingespart wurde, verdoppelt sich diese Summe bis zum Jahr 2013 auf über 2 Mio. Euro.

Sozialdemokratische Kultur des Vertrauens?

Von Joachim Bischoff



Immer noch unfertig: die Konzertsaal-Baustelle (M. Joho)

Seit rund einem Jahr ruhen die Bauarbeiten an der Elbphilharmonie fast vollständig. Gleichsam als Weihnachtsgeschenk hat der Baukonzern Hochtief der Stadt ein Angebot gemacht, das der Bürgermeister »wirtschaftlich vernünftig« nennt. Nach einer Sondersitzung des Senats gab Olaf Scholz bekannt, dass die Kosten, die die Stadt übernehmen wird, auf 575 Mio. Euro steigen. Gleichzeitig verzichtet der internationale Baukonzern auf sämtliche Nachforderungen und übernimmt das alleinige Risiko. »Die Verhandlungen waren sehr kompliziert. Es ging um die Frage, wie kommt man eigentlich zusammen?«, sagte Scholz. Der SPD-Senat will das Konzerthaus grundsätzlich mit Hochtief zu Ende bauen, die Verträge sollen bis zum 28. Februar 2013 unterschrieben werden. Die Übergabe des Gebäudes ist dann im Juli 2016 vorgesehen, die Eröffnung verschiebt sich nunmehr auf Frühjahr 2017.

Wir erinnern uns: Bei der Grundsteinlegung im April 2007 sollte der Bau des Konzerthauses den Landshaushalt mit nur 77 Mio. Euro belasten. Die Spitze der politischen Heuchelei ist freilich: Der Erste Bürgermeister macht sich große Sor-

gen um die Akzeptanz der Politik in der Bevölkerung, wenn Bauvorhaben sich in dieser Weise wie in Hamburg oder beim Berliner Großflughafen entwickeln. Auch die Handelskammer hofft auf Befriedung. »Die weitere drastische Kostensteigerung ist bitter, aber war zu erwarten. Gut ist, dass sämtliche Risiken nun komplett bei Hochtief liegen sollen und nach dem endgültigen Vertragsschluss hoffentlich auch liegen werden«, sagte Präses Fritz Horst Melsheimer. Entscheidend werde sein, »dass eine neue Kultur des Vertrauens einkehrt, auf die beide Partner zukünftig bauen können und die bei den Hamburgern endlich die richtige Vorfreude auf ein Wahrzeichen mit internationaler Strahlkraft auslöst.«

Richtig ist zweifellos: Das Vertrauensverhältnis zwischen der Stadt und Hochtief war zerstört. Mag sein, dass mit einer erneuten Steigerung der Baukosten um knapp 200 Mio. Euro das Vertrauen zwischen Unternehmen und SPD-Senat wiederhergestellt werden. Bürgermeister Scholz zeigt sich nachdenklich, weil er die Elbphilharmonie bei Amtsantritt zur Chefsache erklärt und den WählerInnen versprochen hatte,

das Konzerthaus in der laufenden Legislaturperiode zu eröffnen. Jetzt wird 2016 gewählt, der Ablieferungstermin der Elbphilharmonie fällt damit in die Zeit nach den nächsten Bürgerschaftswahlen.

Viel gravierender ist die erneute Beschädigung der demokratischen Willensbildung. Die gesamte Operation lässt einen tiefen Vertrauensverlust zwischen Politik und WahlbürgerInnen erkennen. Die Abgeordneten der Bürgerschaft hatten soeben die Debatte über den Doppelhaushalt 2013/14 beendet, die »Tinte« über die beschlossenen Änderungen war noch nicht trocken, da ruft Olaf Scholz die Fraktionsvorsitzenden zusammen und bittet um Zustimmung zu dem Plan, die Elbphilharmonie mit der Hochtief AG zu Ende zu bauen und dafür noch einmal 198 Mio. Euro auf den Tisch des Hauses zu legen. Wochenlang vorher liefen die Verhandlungen mit dem Konzern und man durfte erwarten, dass dieses wenigstens im Landesparlament kommuniziert würde. Doch weit gefehlt.

Der Haushalt mit seinem »Konsolidierungspfad« ist also schon Makulatur, bevor er in der endgültigen Fassung vorliegt. Dies der Bürgerschaft einen Tag nach Ende der Haushaltsdebatte mitzuteilen und um schnelle Zustimmung zu bitten, markiert eine kaum zu toppende Zerstörung der politischen Kultur. Wie bei der Elbphilharmonie hat der SPD-Senat für die Bewältigung zusätzlicher Haushaltsrisiken insgesamt keinen Plan. Es lauern weitere Probleme, für die in den Haushaltsberatungen kein Platz war:

- Die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV), die Konzernholding für einen Großteil der öffentlichen Unternehmen Hamburgs, schreibt rote Zahlen. 2011 mussten zum Verlustausgleich aus dem Haushalt 65 Mio. Euro aufgebracht werden. Es ist keine Besserung in Sicht. So ist jetzt schon klar, dass die aus der Beteiligung an Hapag Lloyd erwartete Dividende von 35 Mio. Euro weder 2012 noch 2013 fließen wird.
- Beim Sondervermögen Hafen und Stadt (Hafencity), bei dem die Sozialdemokratie durch einen Einschuss für den verdeckten Schuldenberg im Haushaltsjahr 2011/2012 in Höhe von 450 Mio. Euro für eine Bilanzverschönerung gesorgt hat, mussten 400 Mio. Euro bereits abgeschrieben werden. Weitere Belastungen sind vorprogrammiert.
- Die HSH Nordbank schreibt 2012 wieder rote Zahlen. Die Landesbank hat zudem angekündigt, dass sie ab 2019 von der von Hamburg und Schleswig-Holstein gewährten Garantie in Höhe von (aktuell) sieben Mrd. Euro 1,3 Mrd. Euro in Anspruch nehmen wird. Die Entwicklung in den nächsten Monaten ist höchst ungewiss. Die mindestens noch zwei Jahre anhaltende Schifffahrtskrise wird weitere Rückstellungen und Abschreibungen erzwingen. Und Schleswig-Holstein und Hamburg haften noch immer für 32 Mrd. Euro aus der »Gewährsträgerhaftung«. Ob die Hoffnung, die Bank bis 2015 am Leben zu erhalten, weil bis dahin die Haftungssumme auf drei Mrd. Euro gesunken sein wird, realistisch ist, darf mit Fragezeichen versehen werden.
- Die Situation der HSH Nordbank hat wiederum Auswirkungen auf die Holding HGV und den Hamburgischen Ver-

sorgungsfonds HFV. Aus ihm werden Pensionen für ehemalige LBK-Beschäftigte (städtische Krankenhäuser) bezahlt. Sowohl HGV als auch HFV halten HSH-Aktien und haben dafür Dividenden einkalkuliert, die aber seit Jahren nicht mehr fließen. Zudem mussten sie mehrfach den Wert ihrer HSH-Aktien nach unten korrigieren. Allein dem HFV fehlen bis 2030 ca. 700 Mio. Euro, die aus dem Haushalt aufgebracht werden müssen.

Für eine Konzerthalle mit Strahlkraft werden also ohne Nachweis der Finanzmittel weitere 200 Mio. Euro bereitgelegt. Für dringend notwendige Investitionen zum Erhalt und Ausbau der städtischen Infrastruktur – Schulen, Universitäten, Straßen, Brücken, Grün- und Sportanlagen – wird jeder Euro zweimal umgedreht. Im Bereich der öffentlichen Investitionen wird kräftig gespart. Sie liegen mit jeweils 850 Mio. Euro in den Jahren 2013 und 2014 und einem Anteil von 7,5% an den bereinigten Gesamtausgaben auf einem historisch tiefen Niveau und sollen bis 2019 noch weiter gesenkt werden. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass Sanierung, Um- und Neubau von Schulgebäuden außerhalb des Haushalts über Schulbau Hamburg abgewickelt werden sollen, bleibt eine gewaltige Unterfinanzierung allein für den Substanzerhalt des städtischen Vermögens. So schätzt der Rechnungshof den Sanierungsstau in Teilbereichen auf 4,7 Mrd. Euro. Hamburg erhält ein superteures Konzerthaus, aber die Infrastruktur kann warten.

Im taufischen Doppelhaushalt sind bei den Personalkosten Kürzungen bei den Sonderzahlungen und die Streichung von jährlich 250 Stellen »eingepreist«. Darüber hinaus sind in der Planung jährliche Tarif- und Besoldungserhöhungen von 1,5% unterstellt – mit gravierenden Folgen: »Mit Hinweis auf die Schuldenbremse sollen Lohnerhöhungen von mehr als 1,5% durch zusätzliche Stellenstreichungen gegenfinanziert werden. Unter Berücksichtigung der üblichen Berechnungsmethoden bedeutet dies zusätzliche Streichungen von bis zu 1.200 Stellen, wenn man die letzte Erhöhung für den Öffentlichen Dienst (TVöD) auf die Beschäftigten der Stadt Hamburg z.B. im Jahr 2013 übertragen würde. In den Folgejahren würde sich diese »Bestrafungsspirale« dementsprechend fortsetzen. Die Zeche dieser systemischen Malus-Regelung (Bestrafungspolitik) bezahlen Beschäftigte durch zunehmende Leistungsverdichtung und die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Leistungseinschränkungen« (ver.di Hamburg).

Das alles ist eine phantastische Grundlage für die Wiedergewinnung eines beschädigten politischen Vertrauensverhältnisses. Ein teureres Konzerthaus, massiv unterfinanzierte Infrastruktur, Personalkürzungen aller Orten und das Ausbleiben einer Wohnungspolitik, mit der Verdrängung und Mietensteigerungen bekämpft werden könnten.

Und noch mehr Risiken stehen ins Haus. Die marode HSH Nordbank muss weiterhin unterstützt werden. Offensichtlich wollen die rot-grünen Regierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg, denen die Bank zu 85,4% gehört, die für diese bestehenden Ländergarantien erneut um 3 Mrd. Euro erhöhen. Rosige Zeiten sehen anders aus.

Kultur Tipp: Endstation Meer?



»Das Plastikmüll-Projekt« (www.mkg-hamburg.de)

Zugegeben, sehr appetitlich ist das Thema dieser Ausstellung nicht, doch durchaus passend zum bevorstehenden Weihnachtsfest mit all den dabei anfallenden Geschenken und vor allem deren Verpackungen. Fünf Tonnen Plastikmüll sind im Museum für Kunst und Gewerbe zusammengetragen und buchstäblich ausgekippt worden, um auf die Vermüllung unserer Gewässer hinzuweisen. »Endstation Meer« ist die geradezu schockierende Präsentation von Hunderten Flaschen, Körben, Spielzeug und sogar einer Badewanne überschrieben. Wer weiß schon, dass in jeder Sekunde (!) rund 8.000 Kilogramm Kunststoffe, sage und schreibe 20.000 Plastiktüten hergestellt werden? Und wer macht sich ernsthaft Gedanken darüber, dass für die Auflösung einer Zigarettenkippe fünf Jahre verstreichen müssen, ein Styropor-Becher benötigt dafür gar 50 Jahre. Jedes Jahr, so die informativen Ausstellungstafeln, wandern mehr als 6,4 Mio. Tonnen Abfall in die Ozeane, alleine die »Plastiksuppe« im Atlantik erreicht die Ausdehnung Mitteleuropas, und jährlich kommen 20.000 Tonnen dazu. Neben der Verdreckung im Allgemeinen hat insbesondere auch der Plastikmüll verheerende Auswirkungen, denn er ist nicht abbaubar, wird in kleinen Teilen von Fischen verschluckt und gelangt dann auf unseren Essteller.

»Das Plastikmüll-Projekt«, so der Untertitel der in Hamburg startenden Wanderausstellung, geht zurück auf den weltweiten »Coastal Cleanup Day«, an dem 2010 weltweit riesige Mengen Plastikmülls an den Stränden eingesammelt wurden. Das Züricher Museum für Gestaltung hat daraufhin eine Konzeption entwickelt, deren Ziel die Kuratorin Angeli Sachs so beschreibt: »Wir wollen die Menschen dazu bringen, ihren Lebensstil zu hinterfragen.«

Das könnte durchaus gelingen, denn die Informationen und vor allem der »Müll-Tsunami« (Mopo, 18.12.2012) gehen doch arg unter die Haut. Mehr unter www.plasticgarbageproject.org und www.mkg-hamburg.de/.

Die Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe am Steintorplatz läuft bis zum 31.3.2013. Sie ist bis Ende 2012 dienstags bis sonntags von 11-18 Uhr, donnerstags von 11-21 Uhr, am Donnerstag an und vor Feiertagen von 11-18 Uhr geöffnet, am 24. und 31.12. geschlossen; Öffnungszeiten ab 1.1.2013: Dienstag bis Sonntag 10-18 Uhr, Donnerstag 10-21 Uhr, Donnerstag an und vor Feiertagen 10-18 Uhr. Der Eintritt beträgt 8 Euro, ermäßigt 5 Euro, am Donnerstag ab 17 Uhr 5 Euro, für BesucherInnen bis 18 Jahre ist der Eintritt frei.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.